

# Bitcoins: Wie aus einer Chance Unfug wird

Kein Politiker wagt heute noch, auf die Illegitimität der Geldschöpfung durch Private und Privatbanken zu verweisen. Dabei ist ganz klar: Je luftiger das Geld, desto fester muss die Hand des Staates sein.  
Ein Plädoyer für das Vollgeld.

Raimund Dietz

Modernes Geld ist Symbolgeld. Papiergeld kann man mit ein paar Cent herstellen, Buchgeld kostet gar nichts mehr. Da die Erzeugung von Symbolgeld keine Kosten verursacht, kann es daher in beliebiger Menge erzeugt werden. Geld leistet seine Dienste allerdings nur dann, wenn es hinreichend knapp gehalten wird. Es gibt gute Argumente dafür, die Verantwortung dafür einer unabhängigen Zentralbank zu übertragen.

Aber die Angelegenheit hat auch noch einen Gerechtigkeitsaspekt. Die Bürgergesellschaft funktioniert nach dem Prinzip: Wer sich etwas leisten will, muss etwas dafür leisten. Geldschöpfung ist die große Ausnahme. Daher sollte Geldschöpfung durch Private konsequent unterbunden werden.

## Schwindeliger Charakter

Der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass heute bereits mehr als 90 Prozent der gesamten Geldmenge aus Buchgeld besteht, das von Geschäftsbanken durch Kreditvergabe oder durch den Ankauf von Vermögenswerten erzeugt wird. Systemkonform wäre es, wenn die Banken nur Geld verleihen oder zum Kauf eines Vermögenswerts einsetzen könnten, welches sie vorher schon durch Eigenkapitaleinlage oder Geldleihe von anderen Akteuren in ihren Besitz gebracht haben. Dann könnten sie die Finanzmärkte mit selbsterzeugtem Geld nicht mehr beflügeln.

Der ultimative Hype ereignet sich heute im Bereich der Kryptowährungen, insbesondere bei den Bitcoins. Es gibt durchaus Fälle, in denen Kryptowährungen, die auf der Blockchain-Technologie aufsetzen, ein Segen sind. Flüchtlinge können ihre Habe gegen Coins umsetzen, sie unbehelligt in die Cloud einspeichern und an jedem beliebigen Ort von dort wieder abrufen. Die offiziellen Währungen bieten solche Möglichkeiten noch nicht. Über den schwindeligen Charakter dieser „Währungen“ sollte man sich gleichwohl keine Illusionen machen. Denn eine Währung ist nur eine Währung, wenn sie währt. Keiner von uns kann mit einer Währung „leben“, die im Laufe nur eines Jahres auf das Zehnfache aufwertet oder extrem verliert.

Bestand der Fortschritt des Geldwesens darin, dass man Geld ohne weitere Kosten erzeugen kann, fällt die Krypto-Szene dadurch in alte Zeiten zurück, dass

sie „Coins“ mit ungeheurem Energieaufwand herstellt. Wenn schon „Coins“, dann müssten sie kostenlos hergestellt werden. Dann aber fielen die gesamten Geldschöpfungsgewinne Privaten zu.

Der Hype der Kryptowährungen lenkt unsere Aufmerksamkeit vom Geldsystem ab, etwa von der Frage, woher das Geld kommt. Der Grundsatz, dass nur der Souverän Symbolgeld erzeugen darf, sollte eigentlich selbstverständlich sein, ist es aber leider nicht. Erstens wissen die wenigsten, woher die Masse an Zahlungsmitteln kommt. Und viele, die es wissen müssten, treten dafür ein, dass private Geschäftsbanken dazu berechtigt sein sollten. Jahrhundertlange Bankpropaganda hat sich offenbar bezahlt gemacht. Inzwischen ist das Faktische zur Norm geworden. Kein Politiker wagt heute noch, auf die Illegitimität der Geldschöpfung durch Privatbanken zu verweisen. Noch können sie sich mit Unwissen ausreden. In den meisten Lehrbüchern steht ja auch nichts von Geldschöpfung der Geschäftsbanken.

Wenn die Banken Geld erzeugen dürfen, warum nicht auch ich oder du? Bilden nicht Regierungen, Finanzkapital und Großindustrie längst eine globale Geldmaschine? Gegen eine solche, nun inzwischen globale „Macht“ positioniert sich die Krypto-Community mit der Behauptung, ein



**Raimund Dietz:** Geldschöpfung sollte nur bei den Zentralbanken liegen.

Foto: privat

zentrales, eben privates Geld zu erzeugen: Es wäre dem Einfluss des Staates entzogen. Dass sich Spekulanten gerne für Vorkämpfer der Freiheit ausgeben, ist nachvollziehbar. Erschreckend aber ist, dass die Öffentlichkeit auf diesen Schwindel hereinfällt.

Ihre Schwäche besteht darin, dass sie unter Freiheit immer nur die Freiheit des Einzelnen versteht und Freiheit in Gegensatz zu einem funktionierenden Staatswesen und funktionierenden Ganzen stellt. Die Liberalen, die lange für einen ordentlichen Staat gekämpft haben, entziehen sich mit dieser Ideologie den Boden. Genauso, wie die Gleichberechtigung der Frau ohne staatlichen Schutz nicht möglich wurde, kann sich die Vergesellschaftung über Märkte nur im Rahmen eines ordentlichen Staates entfalten.



CPUs und Kryptowährungen: Bitcoins werden digital geschürft, und zwar so lange und so intensiv, bis die Computer-Prozessoren weltweit glühen.

Diese Lektion sollten wir nicht vergessen. Jetzt muss man sie auch auf das Geldwesen konsequent anwenden.

Das ausschließlich von der Zentralbank in Umlauf zu bringende Geld wäre nicht mehr durch Schulden belastet, die Geldmenge steuerbar. Alles Geld wäre Zentralbankgeld, Vollgeld also. Unser Buchgeld wäre dann so sicher wie Bargeld. Heute ist Buchgeld dagegen nur ein Anspruch auf Bargeld. Geht die Bank pleite, ist unser Geld futsch. Die Zentralbank könnte alle unsere Geldkonten führen. Elektronisches Buchgeld der Zentralbank – neben Bargeld gesetzliches Zahlungsmittel – könnte mit einem Bruchteil an Rechenleistung und Energieaufwand hergestellt und seine Verwendung gesichert werden.

Die Verwaltung von Invest- und Kreditgeldern würde weiter in Bankenhand bleiben. Ein Vollgeldregime wäre nicht nur für jeden anständigen Bürger von Vorteil, sondern auch für die gesamte Gesellschaft – vor allem „ihren“ Staat. Dieser müsste sich bei Banken nicht mehr verschulden, um diese bei anderer Gelegenheit zu retten. Das Budget wäre frei von Zinszahlungen. Die Staatsschulden könnten beim Übergang zu Vollgeld abgebaut werden.

**RAIMUND DIETZ** (Jg. 1944) ist Ökonom, Systemforscher, Geldphilosoph und Buchautor. Zuletzt erschienen: „Geld und Schuld“, 5. Auflage, 2016.

## PRESSESTIMMEN

Aus Kommentaren deutscher Tageszeitungen zum Streit zwischen US-Präsident Donald Trump und dessen Ex-Berater Steve Bannon:

### Handelsblatt

(Düsseldorf) Der frühere US-Präsident Lyndon B. Johnson soll einmal kurz davor gewesen sein, den damaligen FBI-Chef J. Edgar Hoover zu feuern. Er überlegte es sich dann doch anders, denn: „Es ist besser, er sitzt im Zelt und pinkelt raus, als dass er von draußen ins Zelt reinkommt“, so Johnson.

Das politische Pindelprinzip lässt sich auch auf Donald Trump und Steve Bannon anwenden. Seitdem Trumps einstiger Top-Strategie seinen Job verlor, richtete er mehr Schaden für den Präsidenten an als innerhalb der Wände des Weißen Hauses.

Regelmäßig lästert Bannon über seine Zeit im Trump-Universum. Er hat sich von einem Verbündeten, der Trump mit einer radikalen Agenda ins Amt verhalf, zum chronischen Risiko entwickelt. Einem, das für eine Weile tolerierbar schien – weil Bannon gleichzeitig weiter „gegen Trumps Widersacher in den Krieg ziehen“ wollte, sich nie komplett von ihm löste.

Das hat Trump nun für ihn erledigt. Nach einer weiteren Kritiksalve – gerichtet gegen Trump-Sohn Donald jr., Schwiegersohn Jared Kushner und deren mutmaßliche Verwicklung in die Russland-Affäre – erklärte er Bannon offiziell zum Feind.

Wenn es um seine Familie geht, ist Trump noch reizbarer als sonst. Der Patriarch hat zurückgeschlagen. Für den Moment wird die Reaktion wirksam sein und die Aufmerksamkeit weglenken vom laut Bannon „verräterischen“ Treffen zwischen Donald jr. und Russen im Trump Tower oder „all dem Kushner-Scheißdreck“ mit Krediten der Deutschen Bank. In Letzterem sieht Bannon den Schlüssel zum möglichen Sturz Trumps.

### Frankfurter Rundschau

(Frankfurt) Der Bruch mit dem einstigen Weggefährten hat zwei Konsequenzen: Zum einen ist mit Bannons berechtigter Kritik an dem Verschwörer-Treffen wäh-

rend des Wahlkampfes die Russland-Affäre endgültig im Weißen Haus angekommen. Neben dem gefeuerten FBI-Chef James Comey könnte Bannon zu einem Informanten der Justiz werden.

Noch bedeutsamer ist aber der Dämpfer für die weitere Rechtsverschiebung der Republikanischen Partei. Mit seinem Propagandablatt *Breitbart* und der Unterstützung von radikalen Kongressbewerbern war Bannon ein wichtiger Vorkämpfer gegen das Establishment. Wenn sich der Präsident nun abwendet, könnte sein Geldfluss versiegen. Für die malträtierte politische Kultur in den USA wären beide Entwicklungen positiv.

### \*die tageszeitung

(Berlin) In weniger als einem Jahr im Amt hat Trump bereits zahlreiche Spitzenmitarbeiter verschlossen. Zu ihnen gehören sein erster Berater für die nationale Sicherheit, sein Stabschef, sein FBI-Direktor, sein Gesundheitsminister und sein Chefstrategie. Mehrere ehemalige enge Mitarbeiter aus seiner Kampagne und seiner Präsidentschaft kooperieren inzwischen mit den Ermittlern gegen ihn. Die einzigen Mitglieder des engeren Trump-Zirkels, die (vorerst) verschont blieben, sind seine Familienmitglieder.

Was Bannon enthüllt hat, lässt vermuten, dass die Russland-Ermittlungen – bei denen es unter anderem um geheime Absprachen, Geldwäsche und Justizbehinderung geht – tiefer gehen, als die Öffentlichkeit bislang weiß. Möglicherweise ist das ein zusätzlicher Grund für die Schärfe, mit der das Weiße Haus reagiert.

Doch wie so oft in Trumpland gibt es keinen Anlass zur Vorfreude auf institutionelle Konsequenzen. Vorerst sitzt Trump fest im Sattel. Und bis zu den Halbzeitalwahlen im November dieses Jahres ist es unwahrscheinlich, dass sich daran etwas ändern könnte. Erst wenn die Mehrheit in mindestens einer Kammer wechselt, wird es denkbar, dass sich der Kongress der USA mit der Amtsenthebung dieses Präsidenten beschäftigt, der nie ins Weiße Haus gehört hätte.

## LESERSTIMMEN

### Zynismus und Stalinismus

Betrifft: „Heimvorteil“ von Markus Binder DER STANDARD, 5. 1. 2018 Markus Binder bringt es auf den Punkt. Eine aktuelle Ergänzung zum Titel „Heimvorteil“. Wenn die FPÖ nun Asylwerber in Heimen oder Kasernen unterbringt mit möglichst geringem Kontakt zur Bevölkerung, so verhindert sie damit bewusst die frühzeitige Integration. Die FPÖ schafft dadurch genau die Probleme, die sie später lauthals anprangern und für ihren Stimmenfang benutzen wird. Unerwünschte Menschen kasernieren, Probleme züchten, damit Wahlen gewinnen. Leider wird dieses zynische Kalkül aufgehen.  
M. Mittelberger, 6700 Bludenz

Mit seiner Verachtung für Mehrheitsentscheidungen und seinem Fanatismus würde Herr Binder – könnte er sich ohne die „Gründigen“ entwickeln – zum perfekten Diktator à la Stalin. Gerda Mráz per E-Mail

### Wirklich EU-freundlich?

Betrifft: „Regierung will Familienbeihilfe ins Ausland kürzen“ DER STANDARD, 5. 1. 2018 Die Bundesregierung möchte also die Indexierung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder um jeden Preis durchsetzen. Dies wird die Regierung in zwei Punkten auf die Probe stellen. Zum einen wird man sehen, wie gut es dem Kanzler gelingen wird,

innerhalb der EU Verbündete für dieses Projekt zu finden. Die Beziehungen zu einigen Nachbarstaaten waren ja schon einmal besser. Auch wird die nationalkonservative Regierung in Ungarn, die unser Kanzler sonst zu seinen Verbündeten zählt, solch eine Maßnahme wohl nicht ohne weiteres hinnehmen. Zum anderen darf man gespannt sein, wie unsere Regierung auf eine allfällige Niederlage vor EU-Institutionen reagieren wird: Wird der Kanzler im Lichte seiner proeuropäischen Rhetorik eine Niederlage vor dem EuGH akzeptieren? Oder ist man geneigt, den schwarzen Peter für das eigene Scheitern den EU-Institutionen zuzuschieben?  
P. Klausberger, 1010 Wien